

Sparen am Staatsbürger von morgen

Für politische Bildung gibt es seit Jahren weniger Geld – stattdessen steht mehr Wirtschaft auf den Stundenplänen

Im Bürgerhaus March, gelegen im Ortsteil Buchheim der Gemeinde March bei Freiburg, lässt sich an diesem Nachmittag besichtigen, was man wohl einen Idealfall nennen muss. Im Bürgerhaus haben sie viele Tische zu zwei Reihen zusammengeschoben, an denen jetzt 55 junge Menschen sitzen, 15 oder 16 Jahre alt. Es sind die Klassen 10a und 10d des Kreisgymnasiums Bad Krozingen, und abgesehen von den paar, die gerade an ihrer Cola nippen oder aus dem Fenster schauen, sehen beide Klassen eine Frau im Hosenanzug an, die jetzt auf die Frage von Valentin antwortet. Valentin sitzt hinten links, er hat gefragt, ob Politiker denn nun Arbeitsplätze schaffen könnten. Und die Frau im Hosenanzug sagt: „Ich glaube, dass Politiker schon die Möglichkeit haben, die Grundstimmung bei denen zu prägen, die Verantwortung in der Wirtschaft haben.“

Das ist ein Politiker-Satz, nicht sehr konkret, trotzdem irgendwie beruhigend, und das ist nicht besonders erstaunlich, denn die Frau im Hosenanzug ist Politikerin. Ute Vogt tritt am nächsten Sonntag für die SPD als Spitzenkandidatin zur Landtagswahl in Baden-Württemberg an, sie muss in diesen Wochen oft vor Leuten reden. Sie muss dabei sehr viele Politiker-Sätze sagen, und wohl deshalb spricht sie auch vor 55 Schülern aus Bad Krozingen nicht anders. Einen Idealfall muss man die Dreiviertelstunde im Bürgerhaus dennoch nennen. Den Idealfall der politischen Bildung, sozusagen.

Ein Fach im Abschwung

Nicht weil am Ende des Nachmittags die meisten sagen werden, sie hätten alles recht gut verstanden. Sondern weil es diese Dreiviertelstunde im Bürgerhaus March überhaupt gibt, weil hier Schüler mit einer Politikerin über das achtstufige Gymnasium diskutieren, über Atomkraft und Studiengebühren und weil sie darauf gut bis sehr gut vorbereitet sind. Möglich gemacht hat das die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Außenstelle Freiburg. Zwei Mitarbeiter haben mit den Schülern am Tag zuvor die Fragen ausgearbeitet.

„Backstage“ heißt das Programm, es hat nicht allzuviel gekostet, und doch ist es bemerkenswert, denn Idealfälle wie der im Bürgerhaus werden seltener. „Abgesehen von wenigen Ausnahmen gibt es einen Abschwung der politischen Bildung, was Mittel und Personal betrifft“, sagt Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. So kann die Landeszentrale Nordrhein-Westfalen für die politischen Stiftungen und für Weiterbildung heute zwei Millionen Euro weniger ausgeben als 2002. In Baden-Württemberg sind die Sachmittel der Landeszentrale seit 1993 ungefähr halbiert worden; man will dort der Landesregierung demnächst vorschlagen, zwei der vier Außenstellen zu schließen. Bei der brandenburgischen Landeszentrale gibt man an, zur Förderung freier Träger mittlerweile noch ein Viertel des Geldes ausgeben zu können, das im Jahr 1990 zur Verfügung stand. „Man könnte sagen, uns werden die Pulsadern aufgeschnitten, bis wir ausbluten“, sagt die Leiterin Martina Weyrauch.



Die Demokratie als Lehrstück: Jung Schüler aus Rheinland-Pfalz besuchen die Volksvertreter und verfolgen eine Parlamentsdebatte im Mainzer Landtag. Foto: ddp

Man kann das als die Sorgen von Interessenvertretern abtun. Man kann aber auch darüber nachdenken, was es bedeutet, wenn in einem Bildungsfeld gespart wird, das unabdingbar dafür ist, den eigenen Staat überhaupt verstehen zu können. Schon jetzt, das lässt sich in immer neuen Jugendstudien nachlesen, wenden sich Jugendliche zwar nicht generell von gesellschaftlichem Engagement ab, dafür aber immer stärker vom System der Parteidemokratie. Reinhold Hedtke, Soziologe an der Universität Bielefeld, sieht in den Kürzungen bei der politischen Bildung denn auch einen gefährlichen Trend: „Es wird künftig an allem mangeln, was die Lehrer nicht selbst leisten können“, sagt er. „Da wird ein riesiges Defizit entstehen, denn die Lehrer können nicht selbst die Materialien entwickeln, um attraktiven Unterricht zu gestalten.“ Vor allem in Hauptschulen aber sei aufwändige Präsentation notwendig, um politische Grundkenntnisse zu vermitteln. Und Hauptschüler, auch dies ist belegt, stehen ohnehin bereits am weitesten vom politischen System entfernt, was Interesse und Kenntnis angeht. Und damit letztlich vom Staat selbst.

Doch nicht nur das Geld, auch die Zeit für politische Bildung wird knapper. „Alle Bundesländer stärken derzeit die ökonomische Bildung. Die politische Bildung wird dann auf höchstens eine Stun-

de in der Woche zusammengekratzt“, sagt Dirk Lange, Bundesvorsitzender der deutschen Vereinigung für politische Bildung. „Es kommt enormer Druck von Bankenverbänden, Stiftungen und Unternehmerverbänden, Wirtschaft als eigenes Unterrichtsfach zu etablieren.“ Zwar sei es „sehr sinnvoll“, Ökonomie in den Politikunterricht einzubauen. „Aber da geht es teilweise nicht mehr um das Verstehen von Hintergründen, sondern schlicht darum, Verbraucherverhalten zu erlernen.“ Günter Behrmann, Politik-Didaktiker der Universität Potsdam, sieht ebenfalls „eine deutliche Tendenz zu Gunsten ökonomischer Inhalte, zu beobachten etwa in Niedersachsen“.

In Niedersachsen gibt es keine Landeszentrale für politische Bildung mehr, die Landesregierung hat sie Ende des Jahres 2004 aufgelöst. Statt dessen kooperiert das Land jetzt unter anderem mit dem Institut für Ökonomische Bildung, das der Universität Oldenburg angegliedert ist. Dort entwerfen Wissenschaftler unter anderem Konzepte für ökonomische Bildung in der Schule, etwa den Kern-Lehrplan für niedersächsische Gymnasien im Fach „Politik-Wirtschaft“, der aktuell in der Anhörung ist. Bei seinen diversen Programmen zur Vermittlung ökonomischer Inhalte in der Schule und zur ökonomischen Weiterbildung von Lehrern kooperiert das Institut vor allem mit wirt-

schaftsnahen Stiftungen, aber auch mit Privatunternehmen. Kritiker fürchten daher einseitige Lehrmaterialien. Der Sprecher des niedersächsischen Kultusministeriums sagt dazu: „Ziel des Fachs Politik-Wirtschaft ist es, ökonomisches Grundwissen zu vermitteln.“ Sämtliche Lehrmaterialien würden vom niedersächsischen Landesamt für Lehrerbildung und Schulentwicklung überprüft und genehmigt. „Die Vermittlung ökonomischen Grundwissens wird eben immer wichtiger.“

Dass sich Wirtschaft und Politik nicht so einfach trennen lassen, weiß wohl auch der Schüler, der am Ende des Nachmittags im Bürgerhaus March aufsteht, weil er noch eine Frage an Frau Vogt hat: „Wer zahlt die Rente von meinem Vater?“ Dazu die Kandidatin: „Man muss sich bewusst sein, dass die gesetzliche Rente in Zukunft nur noch eine Grundlage ergeben wird.“ Falls das dem Frager nicht genug ist, könnte er sich demnächst mal den Internetauftritt von „Wigy“ ansehen, was für „Wirtschaft und Gymnasien“ steht und eines der vielen Projekte des Oldenburger Instituts für ökonomische Bildung ist. Zumindest lebensnah dürften die Informationen sein, die er dort bekäme: Kooperationspartner ist unter anderem die Oldenburgische Landesbank. Sie bietet eine private Altersvorsorge an. CHRISTOPH HICKMANN